

§ 7 VOB/B – Verteilung der Gefahr bei Hochwasser

- Nach § 7 VOB/B erhält der AN die volle Vergütung nach § 6 Nr. 5 VOB/B für die Teile seiner Leistung, die zum Zeitpunkt des unvorhergesehenen Ereignisses mit der baulichen Anlage unmittelbar verbunden sind.
Der § 7 Nr. 3 VOB/B regelt weiterhin, welche Maßnahmen nicht zu der ganz oder teilweise ausgeführten Bauleistung gehören. Hiernach hat der AN keinen Anspruch auf Vergütung für noch nicht eingebaute Stoffe und Bauteile sowie die Baustelleneinrichtung und Absteckungen, Hilfskonstruktionen und Gerüste.
- Bzgl. der Entscheidung, welche Sachverhalte vergütungsfähig sind und welche nicht, wird auf die entsprechenden Kommentare und entsprechend aktuelle Rechtsprechungen verwiesen. Hiernach kann derzeit von folgenden Sachverhalten ausgegangen werden:
 - Nicht vergütungsfähig sind somit:
 - Beräumung der Baustelle (Baustelleneinrichtung)
 - Wiederherstellung
 - Verbau und Schalung
 - Gerüste
 - Fangedämme
 - Wasserhaltung
 - Baustraßen
 - Absteckungen
 - Zerstörte oder weggeschwemmte noch nicht eingebaute Stoffe und Bauteile
 - Sicherungsmaßnahmen
 - Vergütungsfähig sind
 - Ganz der teilweise ausgeführte Leistungen, unabhängig vom Fertigstellungsgrad, die mit der baulichen Anlage fest verbunden sind
 - Hierzu gehören auch die Leistungen zur Wiederherstellung z.B. eines während der Bauzeit umverlegten Radwegs oder einer umverlegten Straße
 - Beräumung der Baustelle nach dem Hochwasser von Anlandungen, Müll, Erdstoffen, Geschiebe, Sedimenten
 - Zusätzliche Leistungen zur Abwehr einer Gefahr im Verzug, z.B. Dammschüttungen/Sandsackverbau, um die entsprechende Deichlinie zu während des Hochwassers zu schließen
 - Vergütung erfolgt über § 2 Nr. 6 VOB/B in Verbindung mit § 1 Nr. 4 VOB/B als zusätzliche Leistung
 - Keine gegenseitige Ersatzpflicht für andere Schäden wie Stillstandszeiten, Weiterzahlung des Lohnes für Arbeitskräfte oder defekte Geräte
 - Kein Anspruch auf Schadensersatz nach § 6 Nr. 6 VOB/B, da es bei Witterungsereignissen regelmäßig am Verschulden des Auftraggebers mangelt,
 - Keine Entschädigungen nach § 642 BGB, da der AG seine Mitwirkungspflichten nicht verletzt hat